

Das Ende der Goldgräberstimmung – und warum unsere Wälder dennoch in Gefahr sind



Windräder rentieren sich kaum noch für ihre Betreiber. Neue gesetzliche Regelungen, sinkende Einspeisevergütungen und hunderte Stunden Negativpreise im Jahr zerstören die Kalkulation vieler Projekte. Eine gute Nachricht für Steuerzahler und Natur – aber kein Grund zur Entwarnung.

Es gibt Momente, in denen die Realität die Propaganda einholt. Nach Jahren, in denen Windkraftprojekte mit Versprechen über saubere Energie, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Prosperität beworben wurden, beginnt sich das Bild zu verschieben – still, fast unbemerkt, aber mit wachsender Deutlichkeit. Die sogenannte Goldgräberstimmung in der Windkraftbranche ist vorbei. Was bleibt, ist eine nüchterne Abrechnung: mit falschen Versprechen, fragwürdigen

Investitionsmodellen und einem politischen System, das den Bürger – als Steuerzahler und als Waldbewohner – jahrelang für diese Rechnung hat bezahlen lassen.

Wer die Zahlen kennt, der weiß schon länger, worum es bei Windrädern tatsächlich geht. Nicht ums Klima. Nicht um Strom. Sondern ums Geld. Das sagen nicht wir – das sagen die Finanzfachleute aus der Branche selbst. Und genau deshalb ist die aktuelle Entwicklung so aufschlussreich: Wenn selbst die Investoren die Reißleine ziehen, dann muss man die Bürgerinnen und Bürger fragen, wer in all diesen Jahren eigentlich die Zeche bezahlt hat.

Das Märchen vom Windrad, das 15.000 Menschen versorgt

Auf Informationsveranstaltungen, in Gemeinderatssitzungen, in Hochglanzbroschüren von Projektentwicklern begegnet uns immer wieder dieselbe Behauptung: Ein modernes Windrad versorge rund 15.000 Haushalte mit Strom. Ein imposantes Versprechen. Und ein grundlegend irreführendes.

Denn Windräder drehen sich nur dann, wenn Wind weht. Das klingt banal – ist es aber nicht, wenn man die Konsequenzen ernstnimmt. In rund einem Drittel aller Stunden im Jahr steht ein durchschnittliches Windrad still. Kein Wind, kein Strom. Wer in einem solchen Moment auf eine stabile Versorgung angewiesen ist – und das ist jeder Haushalt, jedes Krankenhaus, jede Fabrik – der bekommt von diesem Windrad schlicht gar nichts.

Ein Windrad versorgt keine 15.000 Menschen. Es ist die absolute Katastrophe für das Stromnetz – weil es nicht den Strom liefert, den wir brauchen, sondern den, den der Wind gerade hergibt.

Die Grundregel des Stromnetzes ist eisern: Erzeugung und

Verbrauch müssen zu jedem Zeitpunkt exakt übereinstimmen. Nicht annähernd – exakt. Weicht die Frequenz zu stark ab, schalten sich Netze aus Sicherheitsgründen automatisch ab. Die Konsequenz einer rein windbasierten Versorgung wäre im besten Fall ein instabiles Netz mit häufigen Unterbrechungen, im schlimmsten Fall das, was bei den Pfalzwerken Realität wurde: unkontrollierte Spannungsspitzen, die Haushaltsgeräte zerstören. Das ist kein theoretisches Risiko. Das ist gelebte Praxis.

Dennoch wird das Märchen von der Windkraft als verlässliche Energiequelle weitererzählt. In Bürgerversammlungen. In Förderanträgen. In der Tagespresse. Und unsere Wälder sollen dafür herhalten.

Das Gesetz, das die Rechnung änderte – und lange überfällig war

Seit dem 1. April letzten Jahres gilt eine neue Regelung, die lange überfällig war: Wenn der Börsenstrompreis negativ ist – wenn also so viel Strom im Netz ist, dass man für die Abnahme sogar bezahlt werden muss – entfällt für Windkraftbetreiber in diesem Zeitraum die staatliche EEG-Förderung vollständig. Der anzulegende Wert sinkt auf null.

Klingt technisch. Hat aber massive finanzielle Auswirkungen. Denn die Zahl der Stunden mit Negativpreisen explodiert geradezu: 325 Stunden im Jahr 2023, 520 Stunden im Jahr 2024, 652 Stunden im vergangenen Jahr. Eine Entwicklung, die sich mit dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien fortsetzen und sogar verschärfen dürfte.

Jahr	Stunden mit Negativpreisen
2023	325 Stunden
2024	520 Stunden
2025	652 Stunden

Jahr	Stunden mit Negativpreisen
Ertragsverlust Windkraft	– 7,64 %
Eingesparte EEG-Förderung	688 Millionen Euro

Hätte diese Regelung bereits im vergangenen Jahr vollständig gegolten, hätten die Steuerzahler allein bei Windkraft-Onshore rund 688 Millionen Euro weniger Fördergelder zahlen müssen. Das ist begrüßenswert – und zeigt zugleich, wie viele Jahre lang Geld aus dem EEG-Konto in Taschen geflossen ist, die es nicht gebraucht haben. Wind hat uns als Gemeinschaft zuletzt 3 Milliarden Euro netto gekostet. Solar sogar fast 10 Milliarden. Und das in einem einzigen Jahr.

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Der Steuerzahler hat jahrelang für Strom gezahlt, den er oft nicht brauchte – und in manchen Stunden sogar dafür, ihn loszuwerden. Alles im Namen der Energiewende. Alles zulasten unserer Wälder.

Der Wettbewerb, der keine Gewinner mehr kennt

Zu den veränderten Förderbedingungen kommt ein zweiter, struktureller Einbruch: die Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur. Bei der Auktion vom 1. November vergangenen Jahres wurden 3.450 Megawatt ausgeschrieben. Beworben haben sich Projekte mit zusammen über 8.000 Megawatt. Das Verhältnis: mehr als doppelt so viel Angebot wie Nachfrage.

In einem solchen Wettbewerb gewinnt nicht das beste Projekt – sondern das billigste. Wer früher mit 7,35 Cent pro Kilowattstunde kalkuliert hatte, bekam keinen Zuschlag mehr. Nur wer auf 6 Cent oder weniger heruntergegangen war, hatte noch eine Chance. Der durchschnittliche anzulegende Wert fiel von 11,39 Cent auf 9,39 Cent – ein Rückgang von 18 Prozent. Diese 18 Prozent weniger Einnahmen kommen zusätzlich zu den 7,64 Prozent Verlust durch die Negativstunden. Wer jetzt noch

rechnet, merkt schnell: Die Projekte, die derzeit in unseren Gemeinden beworben werden, wurden auf Grundlage von Zahlen kalkuliert, die so nicht mehr gelten.

Gemeinden, die einen Bürgermeister haben, der diesen Projekten vertraut, sollten sehr genau nachfragen, mit welchen Annahmen heute noch gerechnet wird.

Ein konkretes Windrad, eine ehrliche Rechnung

Abstrakte Zahlen überzeugen oft weniger als ein konkretes Beispiel. Nehmen wir einen realen Fall: den Bürgerwindpark Rietholz, gelegen zwischen Bad Aibling und München. Ein Windrad, Gesamtkosten von 9,5 Millionen Euro, davon 2,1 Millionen Eigenkapital und 7,3 Millionen Bankdarlehen. Nach der ursprünglichen Kalkulation – mit einer Windgeschwindigkeit von 5,24 Metern pro Sekunde, einem bereits sportlichen Ansatz für eine Schwachwindregion – ergab sich eine Rendite von rund 4,16 Prozent über 20 Jahre.

Nach den neuen Regelungen sieht die Rechnung anders aus. Statt einer Million Euro Umsatz im ersten vollen Betriebsjahr bleiben noch 743.000 Euro – bei gleichbleibenden Betriebs-, Zins- und Tilgungskosten. Über 20 Jahre summiert sich das auf ein Minus von knapp 500.000 Euro. Wer 2,1 Millionen investiert und am Ende einen Verlust von fast einer halben Million hält, hat nicht investiert – der hat sein Geld verbrannt.

Du investierst 2,15 Millionen Euro und bekommst am Ende 234.000 Euro zurück. Nicht als Rendite – als Gesamtrückfluss. Das ist kein Investment. Das ist Kapitalvernichtung.

Noch brisanter ist, was in bestimmten Jahren passiert: Wenn die Tilgungsraten so liegen, dass im gleichen Jahr kein Gewinn erwirtschaftet werden kann, kommt die Bank. Und wenn die Bank kommt und keine Liquidität da ist, folgt die

Zwangsversteigerung. Der Grundstückseigentümer – oft ein Bauer, der glaubte, mit dem Windrad ein sicheres Zusatzeinkommen zu haben – sitzt am Ende auf einem maroden Betonsockel, für dessen Rückbau kaum Rücklagen gebildet wurden. Denn die Rückbaurücklage wächst langsam: Im siebten Betriebsjahr wären es vielleicht 15.000 Euro. Ein Rückbau kostet ein Vielfaches davon.

Wenn Konzerne Verluste machen – und trotzdem weiterplanen

Man könnte meinen, die Branche ziehe Lehren. Der große Windparkentwickler Abo Energy liefert das Gegenteil: Das Unternehmen – seit 1996 am Markt und bis dato ohne Jahresverlust – hat erstmals rote Zahlen geschrieben. 170 Millionen Euro Verlust. Die Ursache: überzeichnete Ausschreibungsrunden, gesunkene Vergütungssätze, notwendige Abschreibungen auf laufende Projekte. Das Unternehmen selbst rechnet damit, dass die Einspeisevergütung dauerhaft auf niedrigem Niveau verharrt oder sogar weiter sinkt.

Und trotzdem werden neue Projekte geplant. Trotzdem werden Bürgerversammlungen abgehalten. Trotzdem werden Wälder vermessen, Gutachten erstellt, Bürgermeister überzeugt. Denn auch bei sinkenden Margen lässt sich Geld verdienen – solange genug davon aus dem öffentlichen EEG-Topf fließt und solange Grundstückseigentümer günstige Pachtverträge unterschreiben. Die Frage, die sich jede Gemeinde stellen muss: Wessen Interessen werden hier eigentlich vertreten?

Der dritte Schlag – Netzentgelte kommen

Als wäre das nicht genug, kündigt sich eine dritte Belastung an. Die Bundesnetzagentur schlägt vor, dass Solar- und Windkraftanlagen künftig Netzentgelte zahlen sollen – also

jene Gebühren, die bisher nur Verbraucher und konventionelle Erzeuger entrichten mussten. Bisläng nutzten die Betreiber die Leitungsinfrastruktur kostenlos, während alle anderen für sie mitbezahlten.

Wie hoch diese Entgelte sein werden, ist noch offen. Aber allein die Ankündigung ist ein Signal: Der politische Rückenwind für die Windkraft dreht sich. Auch bestehende Anlagen könnten betroffen sein – ein Faktor, der in keiner der alten Investitionskalkulationen berücksichtigt wurde. Wer jetzt noch ein Windrad in einem Schwachwindgebiet plant – und Teile Bayerns und Baden-Württembergs zählen zweifellos dazu – der hat entweder die Zahlen nicht gelesen oder er rechnet damit, dass andere für seine Fehler aufkommen. Das ist keine Energiepolitik. Das ist Systemausnutzung.

Was das für unsere Wälder bedeutet

Man könnte diese Entwicklung als reine Finanzgeschichte abtun. Aber für uns als Bürgerinitiative ist sie mehr als das. Sie zeigt, dass die Argumente, mit denen Windräder in unsere Wälder geplant werden, auf wackligem Fundament stehen – wirtschaftlich wie ökologisch.

Ein Windrad, das sich nicht rechnet, wird gebaut werden, solange der Fördertopf groß genug ist. Ein Windrad, das sich doch rechnet, wird gebaut werden auf Kosten unserer alten Bäume, unseres Grundwassers, unserer Landschaft und unserer Lebensqualität. Beides ist inakzeptabel. Denn was einmal im Wald zerstört ist, wächst in keiner Amtszeit nach.

Die gute Nachricht, die die aktuelle Marktentwicklung bringt, ist real: Viele Projekte werden sich nicht mehr realisieren lassen. Investoren werden abspringen. Geplante Standorte im Wald werden vorerst von der Liste verschwinden. Das ist eine Atempause – kein Sieg.

Denn solange die politischen Rahmenbedingungen nicht

grundlegend korrigiert werden, solange Flächenziele gesetzlich verankert bleiben und Genehmigungsprozesse vereinfacht werden sollen, bleibt der Druck auf unsere Wälder hoch. Und mit dem nächsten politischen Paradigmenwechsel, dem nächsten Subventionspaket, kommt auch die nächste Welle an Projektentwicklern, die nach renditeträchtigen Standorten suchen.

Wir werden weiter da sein. Laut, sachlich, hartnäckig. Für unsere Wälder. Für eine Energiepolitik, die ehrlich ist.

.
. .
.

Quellen: www.youtube.com/watch?v=n_5qEqIsN8k

Zu viel des Guten – Warum der Stromüberschuss die Windkraft entlarvt



Die deutsche Energiewende wird oft als Vorbild für andere Länder gepriesen. Doch die Realität sieht ernüchternd aus: Immer häufiger produziert Deutschland mehr Strom, als tatsächlich gebraucht wird. Das Osterwochenende 2025 war ein Paradebeispiel. Während die Menschen die Feiertage genossen, lieferten Solaranlagen und Windräder Strom im Überfluss – so viel, dass der Marktpreis ins Negative rutschte. In der Praxis bedeutete das: Stromerzeuger mussten Geld zahlen, um ihren Strom loszuwerden. Ein absurder Zustand, der längst kein Einzelfall mehr ist. Laut Bundesnetzagentur gab es 2024 insgesamt 457 Stunden mit negativen Strompreisen. Das ursprüngliche Ziel, günstigen Strom für alle bereitzustellen, ist damit ins Gegenteil verkehrt.

Dieses Phänomen ist keineswegs auf Deutschland beschränkt. Auch Frankreich stand im April 2025 vor einem überlasteten Stromnetz. Der Netzbetreiber RTE sah sich gezwungen, einen selten genutzten Notfallmechanismus zu aktivieren und die Produktion erneuerbarer Energien zu drosseln, um das Netz zu stabilisieren. Solche Eingriffe sind teuer und zeigen, dass die Infrastruktur mit dem Tempo des Ausbaus nicht mithalten kann.

Das Fördersystem für Windkraftanlagen ist so konstruiert, dass

Betreiber auch dann Geld verdienen, wenn ihr Strom gar nicht gebraucht wird oder die Anlagen wegen Netzüberlastung abgeschaltet werden. Diese Praxis ist nicht auf Deutschland beschränkt. In den USA etwa werden Windparks bevorzugt in windreichen, aber dünn besiedelten Regionen gebaut, weil dort die Förderbedingungen besonders attraktiv sind. Der Strom muss dann über weite Strecken transportiert werden, was zu hohen Netzverlusten und zusätzlichen Kosten führt. In Texas kam es 2023 und 2024 mehrfach zu Situationen, in denen Windparks abgeregelt werden mussten, weil das Netz die Mengen nicht mehr aufnehmen konnte. Die Kosten für diese Maßnahmen landen letztlich beim Verbraucher, während die Betreiber weiterhin ihre garantierten Vergütungen erhalten.

In Deutschland ist das System besonders undurchsichtig: Die Umlagen für die Förderung erneuerbarer Energien sind in den letzten Jahren immer komplexer geworden. Während die Betreiber von Windkraftanlagen von stabilen Einnahmen profitieren, steigen die Strompreise für Haushalte und Unternehmen weiter an. Die soziale Schieflage wird dadurch verschärft, dass einkommensschwache Haushalte einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen.

Ein zentrales Problem ist die geografische Verteilung der Windparks. In Deutschland wie auch in den USA und China entstehen die meisten Anlagen dort, wo der Wind am stärksten weht – oft weit entfernt von den großen Verbrauchszentren. Der Strom muss über Hunderte oder gar Tausende Kilometer transportiert werden. In China etwa sind laut Global Energy Monitor 2024 nur 55 Prozent der geplanten Wind- und Solarprojekte pünktlich ans Netz gegangen, weil der Ausbau der Übertragungsnetze nicht mit dem Bau der Anlagen Schritt hält. In anderen Ländern außerhalb der G7 und Chinas liegt die Quote sogar bei nur sieben Prozent. Projekte werden auf Eis gelegt, weil die Infrastruktur fehlt.

In Frankreich führte ein Überangebot an Solarstrom im April 2025 dazu, dass der Netzbetreiber gezwungen war, die

Produktion zu drosseln und einen teuren Notfallmechanismus zu aktivieren. Solche Maßnahmen sind keine Ausnahme mehr, sondern werden immer häufiger notwendig, um das Netz vor dem Kollaps zu bewahren.

Die Volatilität erneuerbarer Energien ist ein globales Problem. In den USA, Australien und Europa kommt es immer wieder zu sogenannten „Dunkelflauten“, in denen weder Wind noch Sonne ausreichend Energie liefern. Speicherlösungen werden zwar als Allheilmittel propagiert, doch die Realität sieht anders aus: Die installierten Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, um längere Schwankungen auszugleichen. In Australien mussten 2024 mehrere Großbatterieprojekte verschoben werden, weil die Kosten explodierten und die technische Integration ins Netz schwieriger war als erwartet.

Auch in Deutschland verschärft sich das Problem: An sonnigen Tagen sind viele Heimspeicher bereits mittags voll, sodass sie die Mittagsspitze der PV-Erzeugung nicht abfedern können. Die Folge sind lokale Überspannungen und Netzurückwirkungen, die das Gesamtsystem destabilisieren können. Experten wie der Energieökonom Lion Hirth warnen vor sogenannten Brownouts – regionalen Stromabschaltungen, die immer wahrscheinlicher werden.

Der Bau von Windkraftanlagen geht weltweit mit massiven Eingriffen in die Natur einher. In Deutschland werden Wälder gerodet, um Platz für neue Anlagen zu schaffen. Die Fundamente bestehen aus Tausenden Tonnen Beton, und die Zuwegungen zerstören sensible Ökosysteme. In Spanien und Portugal kam es 2024 zu heftigen Protesten, weil Windparks in Naturschutzgebieten errichtet werden sollten. Der Verlust von Lebensräumen für bedrohte Tierarten ist dabei kein Kollateralschaden, sondern eine direkte Folge der Energiepolitik.

Ein weiteres Problem ist die Entsorgung der Rotorblätter, die aus Verbundstoffen bestehen und bislang kaum recycelt werden

können. In den USA und Europa landen ausgediente Rotorblätter auf Deponien oder werden verbrannt – von echter Nachhaltigkeit kann keine Rede sein.

Die Akzeptanz für Windkraft sinkt nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern rapide. In den Niederlanden und Dänemark, einst Vorreiter der Windenergie, regt sich immer mehr Widerstand gegen neue Projekte. Die Gründe sind vielfältig: Lärmbelastung, Infraschall, Wertverlust von Immobilien und die Zerstörung von Landschaften führen zu wachsendem Unmut in der Bevölkerung. Die Politik reagiert oft mit Ignoranz oder versucht, Kritiker als egoistische „NIMBYs“ (Not in my backyard) zu diffamieren. Doch wenn die Energiewende gegen den Willen der Menschen durchgesetzt wird, droht sie ihre gesellschaftliche Legitimation zu verlieren.

Fazit: Zeit für eine ehrliche Bilanz

Der massive Ausbau der Windkraft bei gleichzeitigem Stromüberschuss ist kein Zeichen von Fortschritt, sondern Ausdruck einer kopflosen Energiepolitik, die Probleme verschärft, statt sie zu lösen. Was weltweit fehlt, ist eine intelligente Abstimmung von Erzeugung, Verbrauch und Speicher. Die Erfahrungen aus Deutschland, Frankreich, den USA und China zeigen, dass der blinde Ausbau erneuerbarer Energien ohne Rücksicht auf Infrastruktur, Netzstabilität und gesellschaftliche Akzeptanz zu massiven Problemen führt. Es ist höchste Zeit, die Energiewende neu zu denken – mit mehr Vernunft, Ehrlichkeit und Respekt vor Mensch und Natur.

Quellen:

Saurugg, 2024: Stromüberschuss – warum unregulierte Solarerzeugung zum Problem wird

<https://www.saurugg.net/2024/blog/stromversorgung/stromueberschuss-warum-ungeregelte-solarerzeugung-zum-problem-wird>

Global Energy Monitor, 2025: Wind- und Solarjahr 2024 im

Rückblick

<https://globalenergymonitor.org/de/report/wind-and-solar-year-in-review-2024>

Klyma, 2024: Probleme bei der Energiewende

<https://www.klyma.de/blog-posts/probleme-bei-der-energiewende-herausforderungen-und-losungsansatze-mit-klyma>

DW, 2025: Solar, Windkraft und Batterien boomen: Reicht das?

<https://www.dw.com/de/photovoltaik-windkraft-batterien-boomen-global-energie-wird-g%C3%BCnstig-reicht-das-f%C3%BCr-das-klima/a-71384451>

Startup-News, 2024: Die Herausforderungen der Windkraft

<https://startup-news.de/technologie/fortschritt-oder-flaute-was-die-windkraft-ausbremst/>